

*Helmut Schorr*

## Die Rolle des Arbeiters in den Parteien

Analyse eines Emanzipationsrückstands

In der Bundesrepublik Deutschland sind rund 43% der erwerbstätigen Bevölkerung Arbeiter. Obwohl ihre Zahl infolge des Rückgangs der Handarbeit und vor allem wegen der Zunahme der öffentlichen und privaten Dienstleistungen stetig real und proportional sinkt, stellen sie doch nach wie vor die weitaus größte Gruppe der Erwerbstätigen und zugleich etwa 25% der wahlfähigen Bevölkerung.

Fragt man nach Einwirkung und Einflußchancen von Arbeitern beim politischen Willensbildungsprozeß, so stellen diese Zahlen, die sich an der Zugehörigkeit zur Arbeiterrentenversicherung orientieren, lediglich eine ebenso umstrittene wie ungenaue und undifferenzierte Quantität dar. Arbeitsbedingungen und allgemeine Lebenssituation von qualifizierten Arbeitern und unteren Angestellten sind häufig einander ähnlich. Hochqualifizierte Arbeiter neigen oft dazu, ihre formale Zugehörigkeit zur Großgruppe der Arbeiter hinter der konkreten Berufsbezeichnung zu verbergen, ein Indiz für das unzureichende oder fehlende solidarische Bewußtsein. Für einige ausgewählte Phänomene bei der Beteiligung des Arbeiters am Willensbildungsprozeß in den politischen Parteien jedoch ist die Schichtzugehörigkeit des Arbeiters lediglich bei Wechselwirkungen zwischen bestimmten Erscheinungsformen und erkennbaren Teilgruppen interessant.

### Der Arbeiter als Objekt und Subjekt der Politik

Politische Teilnahme ist nicht irgendeine Aktivität, nicht irgendein tatkräftiges Handeln im Interesse der Gesellschaft oder einer ihrer Gruppen. Das Verhalten des politisch Teilnehmenden muß vielmehr sittlich verantwortlich, bewußt politisch, aufgrund entsprechender Informationen auf kritischem Urteil und auf der Einsicht beruhen, daß in konkreten Zusammenhängen eine erfolgversprechende Einflußnahme auf den Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß möglich ist. Politisches Handeln setzt also voraus, daß die allzu leicht manipulierbare Emotionalität in soziale Verantwortung und prüfende Rationalität eingebunden ist. Sozial verantwortliches Denken und Handeln kann jedoch erst erwartet werden, wenn die existenziellen Erfordernisse hinreichend befriedigt sind.

Wie aber sehen die Existenzbedingungen für den durchschnittlichen Arbeiter aus?<sup>1</sup> Der Arbeitsplatz ist mit den knappsten Kündigungsfristen ausgestattet; Einkommen und materieller Besitzstand sind relativ gering; die Aufstiegschancen sind recht begrenzt; die verlangten Bildungsvoraussetzungen sind niedrig; die starke Einbindung in die Hierarchie unterwirft den Arbeiter intensiven Kontrollen und läßt ihm nur sehr geringe Dispositionsmöglichkeiten; die Arbeitsvorgänge sind ziemlich einförmig. Natürlich gibt es Faktoren, die dieses Bild verändern können: Die Mitarbeit der Ehefrau, ererbter Grundbesitz in ländlich strukturierten Gebieten, eine das Selbstvertrauen stärkende Mitarbeit in Vereinen, Hobbys von einiger Differenziertheit, Anregungen aus dem Verwandten- und Freundeskreis.

Unter diesen außerberuflichen Faktoren ist die Mitarbeit in Vereinen von besonderer sozialer Bedeutung, weil sie den Arbeiter in eine relativ hierarchiefreie Gruppe einbindet, oder zumindest in eine Gruppe, deren Führungspositionen nur mit solchen Sanktionen ausgestattet sind, die den existenziellen Bereich zu- meist nicht berühren. Auf diese Weise können die Folgen der – im Hinblick auf politisches Bewußtsein – oft recht ungünstigen Arbeitsbedingungen überbrückt werden. Diese Folgen sind oft beschrieben worden als Passivität, Fatalismus, Resignation, schwaches Zukunftsbild für die eigene Lebensentwicklung, Mißtrauen gegenüber „denen da oben“.

Sehen wir Parteien, vor allem an der Basis, in diesem Zusammenhang als Vereinigungen mit der umfassendsten diesseitigen Zielsetzung, so ist zu fragen, welche Rolle Arbeiter in ihnen wahrnehmen können und wollen. Dazu zunächst einige Zahlen, um den Rahmen abzustecken (31. 12. 1977): Rund 2 Millionen Bürger der Bundesrepublik, das sind etwa 5% der wahlberechtigten Bevölkerung, gehören Parteien an, davon 1 905 565 den vier im Bundestag vertretenen Parteien. Von diesen wiederum sind 349 770 Arbeiter. Das sind 18,35% im Verhältnis zu 25% Arbeiteranteil an der wahlberechtigten Bevölkerung. Arbeiter sind also in der Parteienmitgliedschaft unterrepräsentiert<sup>2</sup>. Das zeigt auch ein Vergleich mit den wichtigsten anderen sozialen Gruppen in den Parteien:

|              | Mitgl. in Bundestagsparteien | % der Wahlberechtigten |
|--------------|------------------------------|------------------------|
| Angestellte  | 459 658 (24,12%)             | 20,2                   |
| Beamte       | 203 787 (10,69%)             | 4,8                    |
| Selbständige | 287 002 (15,06%)             | 8,4                    |

Wichtiger noch als dieser Vergleich ist die Frage, in welche Konkurrenzsituation Arbeiter geraten, wenn sie in einer Partei und in ihren lokalen Gremien mitarbeiten wollen, ob sie ihre Interessen einigermaßen aussichtsreich vertreten sehen und ob sie überhaupt Aussichten haben, durch Ämter und Funktionen Einfluß zu gewinnen.

## Die fatale Einseitigkeit materieller Interessen

Viele Organisationen reden vom Arbeiter und sprechen für ihn und nehmen mit unzweifelhaft besten Absichten seine Interessen wahr. Bezeichnenderweise führen nur Betreuungsorganisationen den Begriff „Arbeiter“ in ihren Organisationsnamen, so etwa die „Arbeiterwohlfahrt“. Sonst benutzt man allenthalben den Begriff „Arbeitnehmer“, so bei den „Sozialausschüssen der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft“ (CDA) in der CDU und bei der „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“ (AfA) in der SPD. Diese typische Nachkriegsentwicklung geht von der richtigen Teilerkenntnis aus, daß die materiellen Interessen von Arbeitern, Angestellten und am Rand auch von Beamten in den existenzsichernden Bezügen übereinstimmen. Arbeiterinteressen, so glaubt man, sind am besten aufgehoben, wenn sie in die größere Solidargemeinschaft der Arbeitnehmer eingebunden sind. Dieser Erkenntnis folgte die Entwicklung der Organisationsform. Entspricht dieser materiellen Interessenlage der Arbeiterschaft die Eigenart und Entwicklung der übrigen wohlverstandenen Interessen?

Organisationen sind soziale Systeme, die unter anderem bestimmte Verhaltensmuster entwickeln und dort, wo sie überschaubare Gruppen sind, eine Rollenstruktur bilden. Rollen und Rolleninhaber stehen, vor allem in politischen Organisationen, in einem Konkurrenzverhältnis. Eine Parteigruppe oder -vereinigung ist kein Schachklub. Dort kann man spielen ohne Funktion. Hier ist Mitarbeit viel stärker an Funktionen gebunden, wenn aus ihr zielgerichtete Mitwirkung werden soll. Dabei ist es für unsere Fragestellung nicht einmal so entscheidend, daß ein Arbeiter eine solche Funktion erringt, als vielmehr in der Praxis erkennt, daß sie erreichbar ist.

Nun sind aber Arbeitnehmerorganisationen trotz ihrer relativ starken materiellen Interessenübereinstimmung äußerst heterogene Gebilde. Der Arbeiter begegnet dort einem Arbeitnehmer, der Jurist ist mit abgeschlossenem Hochschulstudium, einem Arbeitnehmer als Filialleiter einer Bank, einem Arbeitnehmer als Verkäufer in einem Warenhaus. Noch differenzierter ist das Bild natürlich in der örtlichen Parteigruppe, in der verschiedenartige materielle Interessen aufeinanderstoßen. Aber selbst in den Interessenvereinigungen der Arbeitnehmer wird ein durchaus objektivierbares Interesse der Arbeiter weder berücksichtigt noch überhaupt erkannt, nämlich das Interesse, sich selbst und seine Anliegen zu verdeutlichen, für die eigenen Interessen Aufmerksamkeit und Beachtung zu finden, seine Lebenssituation in eigener Sicht darzustellen, als gleichberechtigt „fühlbar“ respektiert zu werden, aus seinen Erfahrungen und Bildungsvoraussetzungen und unter deren Berücksichtigung Einblick in die politischen Zusammenhänge zu erhalten, „auch“ als ein Fragender gewählt zu werden und, dies alles umfassend, wie jeder andere politisch Engagierte sich und seine Anliegen mit Hilfe Dritter selbst zu vertreten.

So dienen die organisatorischen Lösungen der Gegenwart zwar recht gut den materiellen Interessen der Arbeiter; den Organisatoren ist aber nicht bewußt, daß sie wie ein notwendiges Medikament fatale Nebenwirkungen hervorrufen, die den Arbeiter in den Parteien mutlos machen, seine Chancen schmälern und ihn und seine besondere Lebenssituation von anderen Schichten separieren.

Die Folgen sind deutlich erkennbar. Praktisch gibt es kaum einen Arbeiter in einem Parlament der Bundesrepublik. Auch in den Selbstverwaltungskörperschaften der Kommunen sind sie weit unterrepräsentiert. Immerhin wiesen in der 7. Wahlperiode des Deutschen Bundestags (1972–1976) noch 17 Abgeordnete auf ihre frühere Ausbildung und Tätigkeit als Facharbeiter hin; davon waren aber nur vier vor ihrer Wahl Arbeiter gewesen, meist freigestellte Betriebsratsvorsitzende oder -mitglieder<sup>3</sup>. Dies ist vielleicht der letzte Bereich politischer Profilierungsmöglichkeit, der zugleich bei der Aufstellung als Kandidat auch Wählerstimmen verspricht.

Aus jahrzehntelanger teilnehmender Beobachtung läßt sich zur Rolle und zum Rollenverhalten des Arbeiters an der Parteibasis feststellen: Die wichtigsten Vorstandspositionen sind fest in Händen von Intellektuellen und von besser vorgebildeten Angestellten und Beamten. Nur in reinen Arbeitervierteln gibt es Ausnahmen, die dem nicht unerheblichen Umfang solcher Siedlungsgebiete entsprechen. Sie bewirken beachtliche Abweichungen der SPD im Vergleich zu anderen Parteien. Eine Untersuchung von Horst W. Schmollinger auf der Basis von rund 600 Befragten, die allerdings zehn Jahre zurückliegt, zeigt einen Arbeiteranteil an den Parteiämtern auf Ortsebene, der etwa dem damaligen Mitgliederanteil entspricht (Ämter 36,1, Mitgliederanteil 34,3)<sup>4</sup>. Bei den Wahlämtern auf Kreis- und Gemeindeebene sind Arbeiter jedoch deutlich unterrepräsentiert (26,3, 34,3). Die in der gleichen Befragung veröffentlichten Zahlen für die CDU sind leider völlig undiskutabel, weil Statistik nichts mehr aussagt, wenn z. B. 4,2% von 24 Befragten genannt werden. Unzweifelhaft ist aber, daß Arbeiter in der CDU in Wahlämtern und Vorstandspositionen stärker unterrepräsentiert sind als in der SPD. Die Bedeutung der jeweiligen Parteiämter bleibt bei dieser Untersuchung außer Betracht.

Nicht erst im Bundestag, sondern bereits im lokalen Bereich sind in beiden großen Parteien Angehörige des Öffentlichen Dienstes in Wahl- und Parteiämtern überproportional vertreten. Die größere Nähe von professionellem Dienstwissen und immer subtileren politischen Vorgängen verschafft den öffentlich Bediensteten einen beachtlichen Vorsprung vor allen anderen Berufsgruppen und beschneidet damit zugleich deren Möglichkeiten.

Am stärksten betroffen sind hier wiederum die Arbeiter, die angesichts der Diskussion unter Experten einfach nicht mitreden können. Wer solche Vorgänge in Parteiversammlungen aufmerksam beobachtet, kann nicht übersehen, wie entmutigend die Reaktion der kundigen Halbprofessionellen auf die laienhaft-

grundsätzlichen Fragen für die Betroffenen sein muß. Die politisch engagierten Amtsträger in den Parteien erkennen offensichtlich nicht, daß es sich hier um ein Grundproblem von Politik, Demokratie und politischer Teilnahme handelt, wenn man in relativ unreflektierter Konsequenz solcher Vorgänge für und unter sich beschließt, die Tätigkeit eines Parlamentariers sei ein Beruf. Dabei muß völlig neu überlegt werden, was bei zunehmender Differenzierung öffentlicher Probleme das spezifisch Politische einer Problemlösung und Entscheidungsfindung ist.

### Wechselwirkungen von Milieu und Politik

Entscheidend für die Chancen von Arbeitern im Hinblick auf politische Teilnahme in den Parteien sind die Interdependenzen zwischen privatem und politischem Milieu. Interessant und lesenswert sind die Interviews mit 160 angelerten Industriearbeitern in einem Großbetrieb der Textilchemie und deren Ergebnisse, die Renate Wald in ihrer Untersuchung „Industriearbeiter privat“ veröffentlichte<sup>5</sup>. Dieser Arbeit kommt auch deshalb erhebliche Bedeutung zu, weil die Fabrik mit ihren 1800 Beschäftigten ihre Produktion stetig automatisierte und der befragte Personenkreis überwiegend aus Schichtarbeitern bestand. Da automatisierte Fertigung und Automation in der Industrie ständig zunehmen, steigt aufgrund des hohen Kapitaleinsatzes auch der Anteil der Schichtarbeit. Diese wiederum greift besonders tief und nachhaltig in das Leben und in das Verhältnis zwischen Mensch und Umwelt ein.

Das wirkt sich zunächst in der Bildungszugewandtheit aus: 50,6% der Befragten wünschten kein weiteres Wissen; 49,4% der Befragten wünschten mehr Wissen, darunter nur 6,3% mehr Allgemeinbildung als die wesentlichere Basis für politisches Engagement. Über politische Fragen wurde offensichtlich selten gesprochen.

| Die Politik verfolgten    | von den 20–30jährigen | von den 30–60jährigen |
|---------------------------|-----------------------|-----------------------|
| mit sehr großem Interesse | 5,0%                  | 10,8%                 |
| mit großem Interesse      | 12,5%                 | 19,2%                 |
| oberflächlich             | 40,0%                 | 35,8%                 |
| kaum oder gar nicht       | 42,5%                 | 34,2%                 |

Auf den ersten Blick läßt das Gefälle zwischen Älteren und Jüngeren den Schluß zu, das politische Interesse sei nicht nur recht schwach entwickelt, sondern nehme außerdem bei den Jüngeren tendenziell ab. Man darf jedoch nicht außer acht lassen, daß ein erheblicher Teil der Jüngeren noch keine eigenen familialen Rollen in einer selbst gegründeten Familie wahrnimmt und daher nur für sich selbst und nicht für andere zu sorgen hat. Dies wirkt sich, wenn auch nicht in dem oben ausgewiesenen Umfang, auch auf das politische Interesse aus.

Die ständige Reproduktion von Erfahrungen der Gebildeten durch die Gebildeten hat die Aufmerksamkeit der veröffentlichten Meinung Jahre hindurch auf die Probleme der Gymnasiasten und Studenten gelenkt. Der junge Arbeiter hingegen ist in der Regel nur unter dem Sammelproblem der Jugendarbeitslosigkeit interessant. Aufgrund seiner schlechteren Vorbildung ist seine Orientierungslosigkeit jedoch viel größer als die der übrigen jungen Generation. Er hat das Gestern und das Heute noch nicht begriffen, da wird er schon mit den Forderungen von morgen konfrontiert, die sich nirgendwo so rasch und nachdrücklich auswirken wie in der industriellen Produktion. Galt bisher, wie auch aus den Interviews von Renate Wald deutlich wird, spezielles Wissen als besonders wichtig, so gilt heute eine breitere Bildungs- und Ausbildungsbasis mit dem Ziel größerer Flexibilität als besonders erstrebenswert. Wurde in seiner Ausbildung handwerkliche Sorgfalt noch auf Platz eins gesetzt, so gelten heute Beobachtungsgabe und mitdenkende Sensibilität bei der Maschinen- und Apparatebedienung als wesentlicher. Hatte er noch im Elternhaus gelernt, daß man sich gegen andere durchsetzen müsse, so wird heute Teamgeist und Fähigkeit zu einem integrativen Rollenverhalten in der Gruppe besonders geschätzt, das ihm auch die Schule nicht vermittelt hat<sup>7</sup>.

Dies gilt nicht nur für das Grundwissen, sondern mehr noch für die Techniken. Arbeiter der älteren wie der jüngeren Generation beherrschen nur selten die Technik der Diskussion, eine der unabdingbaren Voraussetzungen politischer Teilnahme, und haben zu dieser Technik meist auch eine negative Einstellung. So berichten Dieter Grösch und Barbara Gräfe aus dem kirchlichen Raum über Familienfreizeiten mit Arbeitern, die Eltern seien nicht gewohnt gewesen, ihre Gesprächspartner ausreden zu lassen, kaum einer sei auf das Argument des anderen eingegangen. Immer hätten alle durcheinandergesprochen, bis sich der Lautstärkste durchgesetzt habe<sup>8</sup>.

In diesem Bericht zeigt sich jedoch auch ein typisches schichtenspezifisches Problem, auf dessen besondere politische Relevanz später noch eingegangen werden muß. Ein akademisch vorgebildetes Team mit vorbereiteten Zielen und Plänen stößt auf Arbeiterfamilien. Es setzt voraus, daß gute Absichten auch als solche erkannt werden. Vorgeplantes verleitet zur Rolle des Vor- und Fürsprechers. Bestimmte Zeiten stehen auf einem Plan – und dies in einer Freizeit – und ähneln damit der im Berufsleben üblichen Einengung der eigenen Dispositionsmöglichkeiten. Man leitet eine formelle Diskussion statt erst einmal ein informelles Gespräch zu führen, besser: einzuleiten. Man setzt Vertrauen voraus, wo es erst errungen werden muß. In der zweiten Freizeit wurden daher die Mitwirkungsmöglichkeiten der Eltern erheblich verstärkt, vor allem auch bei der Erarbeitung der Zielvorstellungen.

## Barrieren für die politische Teilnahme

Ein besonderes schichtenspezifisches Problem ist die Vorstellung des Arbeiters von anderen Schichten. „Die da oben“ hält man für eingebildet. Zugleich hat man eine überzogene Vorstellung von dem Grad ihrer Gebildetheit und den sich daraus ergebenden Fähigkeiten. Angenommene Überheblichkeit ist sicher oft eine Frage unterschiedlicher Sprache, wie diese manchmal unbewußt und ohne besondere Absicht benutzt wird. Aber nicht selten ist die Sprache des sogenannten Gebildeten auch Vehikel der Selbstdarstellung, der Differenzierung von anderen und gelegentlich auch des unverhohlenen Machtanspruchs. Der aufgesetzte Glanz der eigenen Sprache ist nicht nur eitel, was menschlich wäre, er soll vielmehr distanzieren und Raum für eigene Ansprüche schaffen.

Wie auch Renate Wald festgestellt hat, haben Arbeiter Schwierigkeiten, Fremde kennenzulernen<sup>9</sup>. Wer Bildung hat, findet für jeden das richtige Wort, vor allem, wenn er über die größere Auswahl verfügt, vorausgesetzt, daß er sich in Fremdpersönliches hineinversetzen kann. Das Unbehagen darüber, nicht mitreden zu können und in einen relativ aussichtslosen Winkel der Gesellschaft abgedrängt zu sein, hat seine Ursache eindeutig in der Nichtbeachtung des Arbeiters, die in einem grotesken Widerspruch zur Respektierung seiner Organisation – vor allem der Gewerkschaft – steht, der er angehört. In einer Gesellschaft, die so sehr für sich in Anspruch nimmt, Person und Menschenwürde zu achten, bedeutet der Arbeiter etwas im Kollektiv. Als Person aber wird er kaum beachtet.

Besonders deutlich wird diese Tendenz in einer Untersuchung nachgewiesen, die Albrecht Lehmann 1976 unter dem Titel „Das Leben in einem Arbeiterdorf“ vorgelegt hat. Das von ihm beschriebene Arbeiterdorf Greene in Niedersachsen hat mit seinen 2000 Einwohnern einen Arbeiteranteil von 50<sup>0</sup>/. Seit den Landtagswahlen von 1922 gibt es in Greene – mit Ausnahme von zwei Jahren, in denen eine unabhängige Wählergemeinschaft diese Kontinuität unterbrach – nur sozialistische Mehrheiten<sup>10</sup>. Sie schwanken zwischen 50 und 59<sup>0</sup>/. Die kulturellen Angebote in einem Dorf sind sehr begrenzt. Sie werden fast ausschließlich durch das Vereinsleben bestritten. 86,4<sup>0</sup>% der Arbeiter sind Vereinsmitglieder, davon zwei Drittel in mehr als einem Verein. Über die Hälfte der Befragten ist Mitglied des örtlichen Sportvereins, etwa je ein Viertel der Gewerkschaft und des Gesangsvereins. Vereinsmitgliedschaft in einem Dorf bedeutet in erster Linie Befriedigung geselliger Bedürfnisse. Man muß sie in einer gewissen Unabhängigkeit von den Zielen der jeweiligen Vereinigung sehen. Parteien und Gewerkschaften sind also diesem Anspruch grundsätzlich ebenfalls ausgesetzt. Gewerkschaften unterhalten nur selten kleine Ortsvereine, was sehr zu bedauern ist. In Greene gibt es also keinen gewerkschaftlichen Ortsverein.

Wie steht es mit der Rolle des Arbeiters in der größten Vereinigung, dem örtlichen Sportverein? Auf den ersten Blick ist dort alles in Ordnung. Der 1. Vor-

sitzende ist nämlich ein Arbeiter. Aber der erste Eindruck täuscht. Es handelt sich um einen Herrenschneider, der als Vertriebener aus Schlesien kam, sich sehr gut in die Dorfgemeinschaft integrierte und seine Stellung im Verein fast ausschließlich seiner langjährigen Tätigkeit als Fußballschiedsrichter verdankt. Er ist der einzige Experte auf dem für den Verein wichtigsten Fachgebiet. Alle übrigen wichtigen Ämter im Vorstand nehmen Beamte und Angestellte ein. Für die Arbeiter blieben nur die weniger wichtigen Funktionen des Platzkassierers, des Platzwartes, der Mannschaftsbetreuer und des Fahnenträgers übrig. Der Verfasser, der seit Jahren in Greene wohnt, schildert anschaulich den Verlauf einer Vereinsversammlung<sup>11</sup>:

Die Diskussion wird zunächst fast ausschließlich von Beamten und Angestellten bestritten. Erst nach längerem Bierkonsum melden sich gegen 22.00 Uhr auch Arbeiter mit Anträgen und Hinweisen. Man sitzt beisammen nach der Ordnung der üblichen Verkehrskreise, das heißt nach Schichtzugehörigkeit. Begriffe wie Sportkameradschaft und Vereinsgemeinschaft hält Lehmann lediglich bei den aktiven Mannschaften für realitätsnahe, sonst aber „charakterisieren sie kaum das Verhältnis der Gesamtheit der Mitglieder untereinander zutreffend“<sup>12</sup>. Es herrscht die formalisierte Höflichkeit einer nahezu feierlichen Versammlung. Alltäglicher Kommunikationsstil herrscht nur in den schichtenspezifischen Untergruppen. Wie Lehmann feststellte, waren die Arbeiter des bei diesem Anlaß üblichen Sprachverhaltens nicht mächtig und dadurch wohl auch auf die unteren Plätze der Vereinsfunktionen verwiesen.

Ursprünglich war der Greener SPD-Ortsverein eine Partei der kleinen Leute, die stark geprägt wurde durch den Kommunikationsstil der Arbeiter. Mitte der 60er Jahre traten immer mehr Angehörige der höheren Schichten der Partei bei, vor allem Beamte, darunter auch Lehrer. Der bisher durch gegenseitiges Duzen, spontane Einmütigkeit und gemütliches Beisammensein nach dem offiziellen Teil geprägte Umgang änderte sich grundsätzlich<sup>13</sup>. Langatmige Diskussionen prägten den neuen Stil, sehr zum Ärger der Arbeitermitglieder, die nun offensichtlich nicht mehr mithalten konnten und ihre auf nähere Ziele bezogenen Interessen nicht mehr gewahrt sahen. Außerdem beobachtet Lehmann einen einfachen, aber sehr wichtigen Faktor: Die Streitgespräche dauerten bis in die Nacht hinein. Für die in Greene wohnenden Arbeiter aber ist die Nacht zum Unterschied von fast allen übrigen zwischen 5 und 6.30 Uhr zu Ende. Als sich 1969 der Greener Ortsverein mit der Gruppe aus dem nahem Kreiensen zusammenschloß, die durch Beamte von Bahn und Post geprägt wurde, verlor der SPD-Ortsverein für die Arbeiter völlig an Interesse, zumal noch eine Jungsozialistengruppe aus jungen Lehrern, Studenten, Oberschülern und kaufmännischen Lehrlingen entstand.

Seitdem, meint Lehmann, ist der SPD-Ortsverein keine Gruppierung der Arbeiter mehr. Man zahlt seinen Beitrag, bleibt überwiegend den Versammlungen fern und betrachtet die Partei am Ort ebenso wie die Gewerkschaft: Man erwar-

tet die Vertretung der eigenen Interessen, zahlt traditionell seinen Beitrag, empfindet sich aber im übrigen als „ausgestoßen“. Wie sehr das Interesse von Arbeitern verständlicherweise an existenziellen Basiswerten orientiert ist, drückt sich auch in Greene in der stereotypen Redensart aus: „Über Politik streitet man nicht.“ Wie sehr sich trotz Parteimitgliedschaft der Arbeiter hier auf dem Abstellgleis der Politik fühlt, zeigt die Feststellung: „In der Politik ist der kleine Mann schon immer der Betrogene gewesen.“ „Sie ist ein schmutziges Geschäft.“<sup>14</sup>

### Das Verhältnis zwischen Arbeitern und ihrer politischen Umwelt

Nun mag diese Studie von ihrem Ergebnis her gesehen eher symptomatisch als repräsentativ sein, solange umfassendere Untersuchungen auf diesem Gebiet nicht vorliegen. Dafür gibt es aber eine beträchtliche Zahl von deutlichen Hinweisen für ein gestörtes Verhältnis zwischen Arbeitern und ihrer politischen Umwelt. Zu den umfassendsten Untersuchungen zur Situation der deutschen Jugend im Bundesgebiet gehören seit 20 Jahren die im Auftrag der Shell-AG durchgeführten Befragungen des EMNID-Instituts für Sozialforschung. 1975 wurde 1505 Jugendlichen bis zu 24 Jahren folgende Frage vorgelegt<sup>15</sup>: „Man kann das Leben auf zwei verschiedene Weisen ansehen: Die einen sagen, wenn man sich auf das Interesse an der Familie beschränkt, dann fragt man nicht, wie es in der Politik, in der Gemeinde und im Staat zugeht; andere kümmern sich auch um politische Fragen, interessieren sich für die Wirtschaftslage und ihr Interesse gilt ebenso Berufsfragen. – Zu welchen Typ würden Sie sich selbst eher zählen?“ (1. Familie und Freunde genügen; 2. Politik, Wirtschaft und Beruf gehören dazu; 3. keine Antwort.)

| Es antworteten mit Antwort | 1.  | 2.  | 3.         |
|----------------------------|-----|-----|------------|
| Arbeiter                   | 49% | 38% | 12%        |
| Angestellte, Beamte        | 28% | 69% | 3%         |
| Selbständige               | 18% | 82% | – (Auszug) |

Diese Antworten sprechen für eine gewisse privatistische Enge der jungen Arbeiter, in dieser Umfrage allerdings der Hilfsarbeiter. Bei den jungen Facharbeitern scheint die Situation etwas günstiger zu sein, obwohl diese als Gesamtgruppe „Facharbeiter/Handwerker“ befragt wurden, was eine relativ unklare soziale Situation dieser Gruppe von Befragten hervorruft. Jedenfalls ist hier das Verhältnis 26:69:6.

Deutlicher und sorgfältiger erarbeitet sind Ergebnisse aus dem Abschlußbericht 1976 „Gesellschaftliches und politisches Bewußtsein von Arbeitern“ aus dem Sonderforschungsbereich Sozialisations- und Kommunikationsforschung der Universität Nürnberg–Erlangen<sup>16</sup>. Auf die Frage, wie sie ihre *politischen Mitwirkungsmöglichkeiten* beurteilen, äußern sich die befragten Arbeiter so:

|                                        |     |
|----------------------------------------|-----|
| Wenig oder keine                       | 27% |
| Man kann nur wählen                    | 29% |
| Es gibt Einflußmöglichkeiten           | 18% |
| über die Gewerkschaft                  | 8%  |
| durch Parteimitgliedschaft             | 15% |
| Es gibt Möglichkeiten, aber sie werden |     |
| nicht genutzt                          | 13% |
| Keine Antwort                          | 13% |

Wie gering das Vertrauenspotential im Hinblick auf Mitwirkungsmöglichkeiten in Parteien und zugleich das Selbstvertrauen ist, zeigt sich in den kümmerlichen 15%, die überhaupt Möglichkeiten der Einflußnahme erkennen <sup>17</sup>.

### Die Sicht der Parteien

Populäre Begriffe wie „Arbeitnehmerschaft“ und „Abhängig Beschäftigte“ haben sich, offensichtlich als Ergebnis langjähriger gewerkschaftlicher Einflußnahme, stark in der politischen Vorstellungswelt der Arbeiter eingenistet. So wird die Tatsache, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung zu den Lohnabhängigen gehört, im Sinne gleicher Interessen verstanden und schlechthin mit dem Begriff „Volk“ identifiziert. Deshalb halten Arbeiter die SPD für eine demokratische Volkspartei, welche die Interessen aller im Auge hat, während sie die übrigen großen Parteien als reine Interessenparteien ansehen, die sich vor allem an Unternehmerinteressen orientieren.

Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang der Realitätssinn der meisten Arbeiter. Da die Skepsis, eine reine „Arbeiterpolitik“ durchzusetzen, groß ist, herrscht eine taktisch begründete Tendenz zum Interessenausgleich vor. So antworteten auf die Frage nach den Aufgaben einer Arbeiterpartei, falls sie allein an die Regierung käme <sup>18</sup>:

|                                                      |     |
|------------------------------------------------------|-----|
| Es wird nicht dazu kommen                            | 23% |
| Sie muß auf einen Interessenausgleich ausgehen       | 19% |
| Sie soll auf einen Interessenausgleich ausgehen      | 40% |
| Sie soll ausschließlich Arbeiterinteressen vertreten | 11% |
| Keine Antwort                                        | 8%  |

Betrachtet man die Lebensbedingungen der weit überwiegenden Mehrheit der Arbeiter, etwa unter den Aspekten Attraktivität der Arbeitsvorgänge, Aufstiegschancen, Besitzstand, Einkommenshöhe, öffentliches Ansehen, so ist es verständlich, daß materielle Interessen den Bereich der politischen Intentionen fast völlig ausfüllen. Dadurch haben die Gewerkschaften im Vergleich zu den politischen Parteien einen leichteren und tiefer greifenden Einfluß. Dies ist zur Befriedigung existenzieller Bedürfnisse legitim und notwendig. Durch ihre umfassenden Bildungs- und Schulungseinrichtungen und den am Schneeballsystem orientierten Vertrauensmännerkörper stützen sie diesen Einfluß im Sinn einer gewerkschaft-

lichen Interessenpolitik. Der Schritt zu einer allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Einbindung ist bisher von der Masse der Arbeiterschaft nicht vollzogen worden. Dies ist einer der Gründe für das Ausbleiben der individuellen Emanzipation des Arbeiters.

### Selbstbewußtsein und kollektives Bewußtsein

Die vorliegenden Untersuchungen lassen den Schluß zu, daß nicht einmal jeder fünfte Arbeiter politisch denkt, das heißt, seine eigene Lage zu erkennen und bewerten vermag und die Politik als einen Markt widerstreitender Interessen sieht, in die er die eigenen einbringen muß, um durch ausgleichende Regelungen und Konfliktlösungen dem allgemeinen Wohl von Gesellschaft und Staat zu dienen. Für die Entwicklung eines kollektiven Bewußtseins ist natürlich die Mobilität innerhalb der Arbeiterschaft und zwischen Arbeiterschaft und der übrigen Gesellschaft beachtenswert. Je nach Größe und Anteil der Zahl der Arbeiter, die erst seit einer Generation Arbeiter sind, spricht man von „echten und unechten Arbeitern“ und in ihrer Gesamtheit von „Bestandsmasse“ oder „Durchgangsmasse“. Bei der Frage nach der politischen Sozialisation von Arbeitern und der Arbeiterschaft ist es von wesentlicher Bedeutung, in welchem Umfang, vor allem in der Familie, aber auch am Arbeitsplatz ein bestimmtes sozio-kulturelles Milieu in Gruppennormen und im Gruppenverhalten reproduziert wird. Eine Auswertung der statistischen Angaben in den Jahrbüchern 1962 bis 1976 kommt zu folgenden Ergebnissen<sup>19</sup>:

Männliche deutsche Erwerbstätige (in Tausend)

|                                | 1961   |       | 1970   |       | 1975   |       |
|--------------------------------|--------|-------|--------|-------|--------|-------|
|                                | abs.   | %     | abs.   | %     | abs.   | %     |
| Arbeiter (ohne Landwirtschaft) | 8655   | 52,4  | 7415   | 46,5  | 6271   | 41,0  |
| Landarbeiter                   | 269    | 1,6   | 216    | 1,4   | 166    | 1,1   |
| Nicht-Arbeiter                 | 7584   | 46,0  | 8311   | 52,1  | 8856   | 57,9  |
| Alle Erwerbspersonen           | 16 508 | 100,0 | 15 942 | 100,0 | 15 293 | 100,0 |

Danach hat sich die Zahl der Arbeiter in 14 Jahren um 27,5% verringert. Dies wäre die Mobilität im Sinn der Abwanderung. Wie groß aber ist der Anteil derjenigen unter den mehr als sechs Millionen Arbeitern des Jahres 1975, die in dem vorhin umrissenen Sinn „unechte Arbeiter“ sind? Die Zahl der Flüchtlinge, meist aus dem Agrarsektor, die im Rahmen der Wanderungsbewegung aus den Ostgebieten nach 1945 als Arbeiter tätig wurden, ist kaum zu schätzen, sicher aber erheblich. Von 1956 bis 1975 nahm die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft der Bundesrepublik um 1,08 Millionen ab. Ein Teil dieser Beschäftigten mag wegen Erwerbsunfähigkeit in den Ruhestand getreten sein. Der weitaus größte Teil, man schätzt ihn auf rund 80%, ist der Industriearbeiterschaft zugute gekommen<sup>20</sup>. Bezogen auf 1,08 Millionen bedeutet dies einen Zu-

wachs an Industriearbeitern um 130% bezogen auf das Jahr 1956, um rund 80% bezogen auf das Jahr 1961. Die wirkliche Abwanderung kann also nicht nur 27,5% betragen haben. Sie muß vielmehr 35% umfassen. Aber auch die restlichen 65% enthalten, je nach Bezugsjahr, acht bzw. 130% „unechte Arbeiter“. Erst auf dieser Basis lassen sich nun Bewegungen im Rahmen der sozialen Mobilität, das heißt von Auf- und vor allem Abstieg schätzen. Mit einigen Einschränkungen kann man also feststellen<sup>21</sup>: In 14 Jahren ist die Ursprungsgruppe der Arbeiter um etwa die Hälfte zurückgegangen. Akzeptiert man die auf das sozio-kulturelle Milieu bezogene Unterscheidung von „unechten“ und „echten“ Arbeitern, so ist die eindeutige Mehrheit der Arbeiter als „unecht“ zu bezeichnen. Es ist kaum zu bezweifeln, daß eine derart starke Bewegung in der Arbeiterschaft eine abschwächende Wirkung auf das kollektive Bewußtsein ausüben muß.

Obwohl man beide Bewußtseinsbereiche nicht völlig zu trennen vermag, geht es doch bei unserer Fragestellung in erster Linie um die individuelle Emanzipation des Arbeiters. Sie ist vor allem eine Frage der Wirkungen einer *schichten-spezifischen Sprache* auf die politische Sozialisation.

Der Grundvorgang ist so zu sehen: Ein Kommunikator, etwa der Gesetzgeber, der Richter oder in unserem Fall ein Politiker, will einem Rezipienten, das heißt einem Bürger, hier einem Arbeiter, etwas mitteilen. Der Politiker „enkodiert“ seine Meinung oder Aussage, indem er auf eine regelmäßig benutzte Reserve von Zeichen, das sind Wörter, Definitionen, Begriffe, zurückgreift, die ihm geeignet erscheinen, seine Mitteilung auszudrücken. So ergibt sich ein recht komplexes Signal, das durch das Medium Schrift- oder rhetorische Sprache den Rezipienten erreicht. Der Rezipient, etwa der Arbeiter, muß, um zu verstehen, das Signal „dekodieren“, indem er seine Reserve an eingeübten Zeichen zur Interpretation und so zur Wiederherstellung der eingegebenen Mitteilung nutzt. Der Zeichen-Vorrat des Politikers und der des Arbeiters wird vermutlich einen verhältnismäßig kleinen Teil von Wörtern, Definitionen und Begriffen enthalten, der von beiden Seiten gleich interpretiert wird. Es geht um den wesentlich größeren Anteil von Zeichen, die unterschiedlich interpretiert oder überhaupt nicht entziffert werden. Es kommt hinzu, daß Signale im Bereich der Politik bestimmte Reizworte enthalten, die beim Rezipienten eine vor geprägte Wirkung hervorrufen. Dies ist besonders bedeutsam, wenn man bedenkt, daß zum Beispiel Renate Wald in ihrer Untersuchung auf die Unfähigkeit der von ihr interviewten Arbeiter aufmerksam macht, die Herkunft der Einflußnahmen auf ihr Meinungsbild zu identifizieren<sup>22</sup>.

Der Rezipient ist eben kein unbeschriebenes Blatt, sondern ein Mensch mit bestimmten, zum Teil einmaligen unverarbeiteten Erlebnissen oder gar Erfahrungen, die seine Wahrnehmung und die Eigenart der Aufnahme von Signalen vorprägen, etwa im Sinn von Vorurteilen. Deshalb werden Parteipolitiker aus der Sicht der Arbeiter sehr leicht „die da oben“, weil dieser Prozeß vor allen

Dingen das individuelle Vertrauensverhältnis zu anderen Menschen und fremden Institutionen berührt.

Basil Bernsteins Untersuchungen über die Zusammenhänge zwischen Sprache und sozialen Schichten haben nachgewiesen, daß nichts die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht so sehr bestimmt und begrenzt wie unsere Umgangssprache<sup>23</sup>. Spracherwerb ist ein Teil des Sozialisationsprozesses. Dabei gibt es nach Bernstein zwei Varianten: Einen „elaborated code“, der von der Mittelschicht benutzt wird, und einen „restricted code“, den alle sozialen Schichten verwenden. Das Individuum verfügt über eine sprachliche Planungsstrategie, die seine Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht und deren Sozialbeziehungen ausweist, in der es sozialisiert wurde.

Nach D. Lawton werden in der Mittelschicht komplexere Sätze gebildet. Ungewöhnliche Adjektive und Adverbien kommen häufiger vor. Unterschichtkinder – meist Arbeiterkinder – benutzen einen größeren Anteil an „einfachen“ Wörtern und verfügen über ein schmaleres Vokabular. Mittelschichtkinder schreiben längere Aufsätze, während Unterschichtkinder oft schon am formalen Medium des schriftlichen Aufsatzes scheitern. Mittelschichtkinder schreiben und diskutieren abstrakter. Sie formulieren schneller und ohne Umwege, und auch ihre verbale Planung ist höher<sup>24</sup>.

Ohne Eindeutigkeit kann sprachliche Verständigung nicht funktionieren. Sie ist dem gesellschaftlichen Wandel ausgesetzt und damit zunehmender Differenzierung, das heißt Verfeinerung und genauerer Abbildung von immer komplizierter werdenden Sachverhalten. Die politische Sprache wird ihrer sozialen Funktion nur gerecht, wenn ständige sprachbezogene Übereinkünfte die Einbeziehung von Arbeitern in die Diskussion möglich machen, mehr noch durch eine entsprechende politische Umgangssprache als durch arbeiterspezifische Bildungsmaßnahmen. Nur so kann der politischen „Sprachlosigkeit“ des Arbeiters abgeholfen werden.

Solange der Arbeiter als Person das mehr oder weniger große Mißtrauen gegenüber denen, die für ihn Verantwortung tragen, nicht überwindet, sein Selbstvertrauen schwach ist und sein Ansehen ambivalent, solange er sein gesellschaftliches Gewicht nur im Kollektiv zur Geltung bringt, ist seine Emanzipation und seine Integration in die Gesellschaft nicht geglückt. Die Parteien müssen neue Wege gehen, politisch durch eine Aufgabe der einseitigen Abitur-Fixation und damit durch Stärkung der Grund-, Haupt- und Berufsschule, organisatorisch durch eine spezifischere Ansprache des Arbeiters. Neue Wege der Arbeiterbildung sind oft alte: Erste Stufen des Selbstvertrauens beschreitet man am besten unter sich. Nicht Sicherheit in kollektiv wirksamen Parolen, sondern sprachliches Ausdrucksvermögen und Verständnis politischer Zusammenhänge tut not.

ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> S. hierzu K. Hurrelmann, *Erziehungssystem und Gesellschaft* (Reinbek 1975).
- <sup>2</sup> Statistische Angaben aufgrund der Auswertung veröffentlichter und nichtveröffentlichter Statistiken der Parteien.
- <sup>3</sup> Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages, 7. Wahlperiode.
- <sup>4</sup> H. W. Schmollinger, *Arbeiter, Angestellte und Beamte in Parteien der Bundesrepublik*, in: *Zschr. f. Parlamentsfragen* (1974) 79 f.
- <sup>5</sup> R. Wald, *Industriearbeiter privat* (Stuttgart 1966). <sup>6</sup> Ebd. 121.
- <sup>7</sup> S. hierzu W. Jaide in: *Politische Sozialisation*, hrsg. v. P. Ackermann (Köln 1974) 95 ff.
- <sup>8</sup> D. Grösch, B. Gräfe, *Familienfreizeiten mit Arbeitern* (Stein 1977) 37 ff.
- <sup>9</sup> Wald, 123.
- <sup>10</sup> A. Lehmann, *Das Leben in einem Arbeiterdorf* (Stuttgart 1976).
- <sup>11</sup> Ebd. 127 ff. <sup>12</sup> Ebd. 128. <sup>13</sup> Ebd. 69. <sup>14</sup> Ebd. 72.
- <sup>15</sup> *Jugendwerk der Deutschen Shell, Jugend zwischen 13 und 24* (1975) 25.
- <sup>16</sup> W. Kudera u. a., *Gesellschaftl. und polit. Bewußtsein von Arbeitern*, *Abschlußbericht 1976*.
- <sup>17</sup> Ebd. 558. <sup>18</sup> Ebd. 656.
- <sup>19</sup> D. Fröhlich, *Die Arbeiterschaft, „Bestandsmasse“ oder „Durchgangsmasse“*, in: *Kölner Zschr. f. Soziologie und Sozialpsych.* (1978) 289.
- <sup>20</sup> Ebd. 290. <sup>21</sup> Ebd. 295. <sup>22</sup> Wald, 123.
- <sup>23</sup> Bernstein, *Studien zur sprachlichen Sozialisation* (Düsseldorf 1972) 115 ff.
- <sup>24</sup> D. Lawton, *Soziale Klassen, Sprache und Erziehung* (Düsseldorf 1973).